



Quelle: Adobe

Wirtschaftspolitik 2026: Stabilisierung mit strukturellen Vorbehalten

Ute Pappelbaum

Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahresende 2025 vorsichtig in eine Phase der Stabilisierung eingetreten. Nach zwei Jahren mit negativen Wachstumsraten wuchs das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2025 um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal; für das Jahr 2026 erwartet die Bundesregierung ein reales Wachstum von 1,0 Prozent. Diese Einschätzung basiert auf den aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes sowie auf der Jahresprojektion der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 2026, veröffentlicht in den Schlaglichtern der Wirtschaftspolitik (Februar 2026).

Leichte Erholung- noch nicht stabil

Getragen wird die konjunkturelle Belebung vor allem von der Binnennachfrage. Steigende Reallöhne, staatliche Entlastungsmaßnahmen und eine moderate Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven stützen den privaten Konsum. Auch der staatliche Konsum dürfte 2026 erneut deutlich zulegen. Demgegenüber bleibt der Außenhandel ein struktureller Schwachpunkt. Geopolitische Spannungen, erhöhte US-Zölle sowie der anhaltende Wettbewerbsdruck aus China führen erneut zu einem negativen Wachstumsbeitrag.

Die Erholung vollzieht sich damit nicht aus eigener wirtschaftlicher Dynamik, sondern unter starkem Einfluss politischer Rahmensetzungen. Die konjunkturelle Stabilisierung ist real, ihre Belastbarkeit jedoch begrenzt.

Fiskalische Impulse als Wachstumstreiber

Rund zwei Drittel der für 2026 erwarteten Wachstumsimpulse sind nach Einschätzung der Bundesregierung auf wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zurückzuführen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Sondervermögen für Infrastruktur, Klimaneutralität und Bundeswehr sowie steuerliche Investitionsanreize. Für öffentliche Investitionen stellt der Bund 2026 rund 118 Milliarden Euro bereit – etwa 20 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.

Hinzu kommen umfangreiche Energiepreisentlastungen. Stromsteuersenkungen, der Wegfall der Gasspeicherumlage und reduzierte Übertragungsnetzentgelte führen 2026 zu Entlastungen von rund 30 Milliarden Euro für private Haushalte und Unternehmen. Für energieintensive

Branchen sind darüber hinaus ein Industriestrompreis sowie ausgeweitete Strompreiskompensationen vorgesehen.

Demografie als strukturelle Grenze

Ungeachtet der konjunkturellen Impulse bleibt der demografische Wandel die zentrale strukturelle Begrenzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Das gesamtwirtschaftliche Trend-Arbeitsvolumen stagniert 2026 und dürfte in den Folgejahren mit zunehmender Geschwindigkeit zurückgehen. Zwar wirkt die Nettozuwanderung stabilisierend, sie kompensiert jedoch den altersbedingten Rückgang der Erwerbsbevölkerung nicht vollständig.

Die Bundesregierung reagiert mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge, mit zusätzlichen Erwerbsanreizen für ältere Beschäftigte – etwa durch die Aktivrente – sowie mit Initiativen zur gezielten Fachkräfteeinwanderung. Parallel wurden Reformkommissionen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung eingesetzt. Diese Schritte adressieren das Problem, verschieben seine strukturellen Folgen jedoch teilweise in die Zukunft.

Investitionen ja – Produktivität offen

Nach mehreren Jahren der Schwächephase sollen die Investitionen 2026 wieder zulegen. Für die Bruttoanlageinvestitionen rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg um rund 3,0 Prozent. Öffentliche Infrastrukturprojekte, höhere Verteidigungsausgaben sowie Investitionen in Digitalisierung, Forschung und Entwicklung setzen positive Impulse.

Offen bleibt jedoch, ob diese Investitionen ausreichen, um die seit Jahren verhaltene Produktivitätsentwicklung nachhaltig zu verbessern. Hohe Bürokratiekosten, lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine im internationalen Vergleich hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit wirken weiterhin dämpfend. Beschleunigungsgesetze und Verwaltungsdigitalisierung sollen gegensteuern, ihre Wirkung entfaltet sich jedoch erst mittelfristig.

Strukturelle Tragfähigkeit unter Vorbehalt

Die Wirtschaftspolitik 2026 setzt erkennbar auf Stabilisierung durch staatliche Impulse und flankierende Reformen. Kurzfristig erhöht dieser Kurs die konjunkturelle Resilienz. Langfristig entscheidet sich seine Tragfähigkeit jedoch an strukturellen Faktoren: der demografischen Entwicklung, der

Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Richtung ist klar – die Voraussetzungen für ihre dauerhafte Wirksamkeit sind es weniger.

FAQ

Wie entwickelt sich die deutsche Wirtschaft 2026?

Für 2026 erwartet die Bundesregierung ein reales Wirtschaftswachstum von rund 1,0 Prozent. Die Erholung bleibt moderat und stützt sich vor allem auf staatliche Impulse und eine stabilere Binnennachfrage.

Welche Rolle spielt die Wirtschaftspolitik?

Ein erheblicher Teil der Wachstumsimpulse geht auf fiskalische Maßnahmen zurück, darunter Sondervermögen für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung sowie umfangreiche Energiepreisentlastungen.

Was begrenzt die langfristige Entwicklung?

Der demografische Wandel, eine stagnierende Erwerbsbevölkerung und eine schwache Produktivitätsentwicklung setzen der wirtschaftlichen Dynamik strukturelle Grenzen.

Ist die wirtschaftliche Erholung nachhaltig?

Kurzfristig stabilisiert sich die Konjunktur. Ob daraus ein tragfähiger Wachstumspfad entsteht, hängt von strukturellen Reformen und Produktivitätsfortschritten ab.

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Februar 2026; Jahreswirtschaftsbericht 2026. Statistisches Bundesamt (Destatis), Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4948167/jahreswirtschaftsbericht-2026-einordnung/>